

Die Finanzpolitik.

Von Stadtrat Hugo Breitner.

Nach Beendigung des Weltkrieges haben die sozialen Kämpfe in ganz Europa eine vorher nie gekannte Schärfe angenommen. Das Ringen geht darum, wer die Kriegskosten bezahlen, welche Schichte in ihrer Lebenshaltung am stärksten Einbuße erleiden soll. Die russische Revolution hat den Großgrundbesitz und das reiche Bürgertum enteignet. Der Faschismus in Italien hat die Gewerkschaften zertrümmert und eine Diktatur der Bourgeoisie aufgerichtet. Die im Generalstreik gipfelnden sozialen Auseinandersetzungen in England, der Umsturz, der sich eben jetzt in Polen vollzogen hat, sie gelten schließlich immer wieder nur der Frage, welche Klasse durch die Verarmung, in die der Krieg Sieger und Besiegte gestürzt hat, zu Schaden kommen soll. In Deutschland sehen wir das groteske Schauspiel, daß man die Volkswirtschaft mit gewaltigen Entschädigungssummen für die Fürsten belasten will, damit diese sogar nach dem Verluste der politischen Macht ihre üppige Hofhaltung fortsetzen können! In Frankreich, Belgien, Spanien, Ungarn, auf dem Balkan: überall das gleiche Bild. Einmal geht der Zug mehr nach rechts. Die blutige Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen und des ganzen gewerkschaftlichen Lebens ist begleitet von Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung, ja gänzlicher Streichung der mühselig erungenen sozialen Schutzeinrichtungen. An anderen Stellen geht der Zug stärker nach links. Dann vermögen die Arbeiter und Angestellten den Reallohn der Vorkriegszeit halbwegs zu behaupten, da oder dort werden sogar erhebliche Verbesserungen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung erzielt.

Von diesen Kämpfen ist natürlich auch Oesterreich voll erfüllt. Das Bürgertum ist gänzlich unter die Macht des in- und ausländischen Bankkapitals geraten. Nie noch war dessen Einfluß so maßgebend wie jetzt. In der Genfer Kontrolle des Finanzkomitees prägt sich dies sinnfällig aus. Die Bürgerlichen haben die Mehrheit im Nationalrat. Sie benützen sie, um alle direkten, die Aktiengesellschaften, die Besitzenden treffenden Steuern unausgesetzt zu verringern, hingegen die indirekten Abgaben, vor allem die Warenumsatzsteuer, die Zölle, die Eisenbahntarife, die Erträgnisse der Post, des Salzmonopols immer wieder hinaufzuschrauben. In allen Landtagen bis auf Wien — Wien ist zugleich Gemeinde und Bundesland — herrschen bürgerliche Mehrheiten. Die Industriegemeinden und vor allem Wien aber sind in der Hand der Sozialdemokraten. Aus diesen Machtverhältnissen ergeben sich die Begrenzungen, die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der sozialistischen Pläne. Die unangenehme Lage wird noch unendlich durch die Tatsache verschärft, daß die Verwaltung Wiens nach den furchtbaren Leiden und Zerstörungen des Krieges übernommen werden mußte. Die Zerreißung des geschichtlich gewordenen Wirtschaftsgebietes, dessen Hauptstadt Wien einst war, hat die schwere Krise langdauernder Arbeitslosigkeit, die auch sonst in Europa zu beobachten ist, noch besonders verstärkt. Dabei muß aber jede Verlängerung der Ar-

beitslosenunterstützung der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrates unter den schwersten Zusammenstößen abgerungen werden. Die Verteidigung des Mieterschutzes, der überall sonst schon zum größten Teile verschwunden ist, vollzieht sich in erbitterten, aber bisher für die Sozialdemokratie siegreichen Kämpfen.

In Wien ist seit Jahren, seit die Sozialdemokraten die entschiedene Mehrheit erlangten, ein großes Programm des Aufbaues auf allen Gebieten der Verwaltung in voller Durchführung und steter Erweiterung. Es umfaßt die Reform des Schulwesens, weit ausgreifende Fürsorge, vor allem für die Jugend, Tuberkulosebekämpfung, Wohnbauten, Bäder, Gartenanlagen; Schulzahnkliniken, Kindergärten, Mutterberatungsstellen, Horte sind in reicher Zahl erstanden. Die städtischen Monopole — Straßenbahn und elektrifizierte Stadtbahn, Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserleitung — haben aufgehört, Instrumente der indirekten Besteuerung zu sein. Es werden nur die Selbstkosten gefordert. Die Preise für elektrisches Licht und elektrische Kraft sind nahezu halb so niedrig wie vor dem Kriege. Das Gas ist um 25 Prozent wohlfeiler geworden. Die Wiener zahlen die Hälfte dessen, was beispielsweise in Prag für einen Kubikmeter Gas entrichtet werden muß. Jeder Bewohner Wiens erhält 35 Liter Hochquellenwasser in monatlicher Durchrechnung vollkommen unentgeltlich. Eine so ausreichende Menge, daß in zwei Drittel der Wiener Häuser überhaupt keine Rechnung mehr gesendet wird. Unter den bürgerlichen Verwaltungen wurde von den nach Wien gebrachten Lebensmitteln eine Verzehrungssteuer eingehoben, die eine der großen Einnahmsquellen der Gemeinde durch Jahrzehnte gebildet hat. Sie ist von den Sozialdemokraten aufgehoben worden. Im Mietzins waren früher nicht weniger als 42 Prozent an öffentlichen Abgaben enthalten. Gleichmäßig für die dürftigste und für die glänzendste Wohnung. Jetzt gibt es eine Wohnbausteuer, die mit dem Dreihundertfachen des Friedenszinses bei den Kleinwohnungen der Arbeiterschaft beginnt und mit dem Sechstausendfachen bei den Palästen und Prunkvillen der Reichen endet. Der Ertrag muß, wie es schon der Name ausdrückt, ausschließlich für Schaffung von neuen Wohnungen verwendet werden.

Der Grundgedanke der Wiener Steuerpolitik zielt dahin ab, die Menschen bei ihren lebensnotwendigen Aufwendungen von Steuern soweit als nur möglich freizulassen. Die sinngemäße Ergänzung ist ein System von Abgaben, das den Luxus erfafßt. Bis zum Jahre 1919 ist der umgekehrte Weg gegangen worden. Es gab beispielsweise keine Automobilsteuer, aber jeder Benutzer der Straßenbahn war in Form des erzielten Reingewinnes Steuerzahler. Champagner war abgabefrei, dafür wurden aus dem Verkauf des Trinkwassers riesige Ueberschüsse geholt.

Es ist angesichts der grundlegenden Aenderung nicht weiter verwunderlich, daß der ganze wütende Haß der Besitzenden sich gegen die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung kehrt. Im In- und Auslande wird gegen das rote Rathaus gehetzt. Die Kennzeichnung des sozialdemokratischen Regimes als bolschewistisch fehlt natürlich nicht in dem reichlichen Schimpfregister der kapitalistischen Presse. Wahr ist folgendes: Unbeirrt von all dem Geschrei der steuerscheuen besitzenden Klasse holen wir uns das zur Erfül-

lung der vielfachen Gemeindeaufgaben notwendige Geld dort, wo es sich wirklich befindet! Die Lage der Arbeiter und Angestellten und kleinen Geschäftsleute war in Oesterreich auch vor dem Kriege keine besonders rosig. Diese Schichten sind es gewesen, die im Kriege die härtesten Opfer an Leben und Gesundheit bringen mußten, die furchtbarsten Entbehrungen zu tragen hatten. Vor weiteren Opfern sollen sie bewahrt bleiben. Soweit dies eben nach einem verlorenen Weltkrieg, nach so tiefen Erschütterungen des ganzen europäischen Wirtschaftssystems und bei der so einschneidend zum Nachteil veränderten Lage Wiens überhaupt möglich ist. Wir legen diese Bürde bewußt und planmäßig den tragfähigeren Schultern auf. Darüber hinaus schaffen wir durch den Bau gesunden Wohnungen, durch eine ausgreifende soziale Fürsorge, durch ein neues, sorgfältigst reformiertes Schulwesen die Voraussetzungen zum körperlichen und geistigen Aufstiege des Proletariates. Das ist der Zweck und Sinn der von der Wiener sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung befolgten Steuerpolitik.

Wer die Ergebnisse sehen will, der besuche dieses Wien! Vor wenigen Jahren ist es das sterbende Wien genannt, als der Wasserkopf in diesem Staate bezeichnet worden. Der unvoreingenommene Betrachter wird zugeben müssen, daß dieses rote Wien keineswegs gewillt ist, auf seine Rolle im Leben der Völker zu verzichten. Diese einzige unter sozialistischer Verwaltung stehende Millionenstadt geht aller Not zu Troz neue Wege und bereitet die Bahn zum Endsieg der Arbeiterklasse.